

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Auslieferer
und für Auslieferung die Postanstalten
mit. — Erscheint wochentlich.
Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Abbestellung der Anzeigen aus dem
Jahrgang 24 Pfennige, aus dem
Jahrgang 25 Pfennige, aus dem
Jahrgang 26 Pfennige, aus dem
Jahrgang 27 Pfennige, aus dem
Jahrgang 28 Pfennige.

Telegrams: Lagerblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ruc. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 90

Donnerstag, den 18. April 1929

24. Jahrgang

Unverändert kritische Lage

Die Sitzung der Reparationsfachverständigen

In der gestern vormittag abgehaltenen Vollversammlung der Reparationskonferenz, die von 11 bis 1 Uhr dauerte, wurde die Diskussion über das von den vier Delegationen der Hauptgläubigermächte der Konferenz vorgelegte präzisierte Memorandum begonnen, und zwar handelt es sich um die Frage, inwieweit die Zahlen des Memorandums der deutschen Leistungsfähigkeit entsprechen.

Wie bekannt ist, ist die Lage unverändert kritisch und irgendwelche Lösungsmöglichkeiten für den Augenblick noch nicht abzusehen.

An den Ausgangspunkt zurückgekehrt

Die gestrige Nachmittagsvollversammlung der Reparationskonferenz, die zwei Stunden währte, war wie die Vormittags-sitzung der Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit gewidmet. Die Sachverständigen der reparationsberechtigten Länder haben den Standpunkt vertreten, daß die Zahlen, die in dem von ihnen überreichten Memorandum enthalten sind, für die deutsche

Wirtschaft tragbar seien. Die hierüber eingehende Aussprache bewegte sich auf der Grundlage, wie sich diese Ansicht begründen lasse. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat auf eine Reihe von Bedenken hingewiesen und auseinandergesetzt, warum seiner Ansicht nach die in dem Memorandum enthaltenen Zahlen für die deutsche Wirtschaft nicht in Frage kämen. Die Verhandlung von heute nachmittag kontrastierte sich schließlich dahin, daß die deutschen Delegierten gebeten wurden und sich hierzu auch bereit erklärten, für eine Vollziehung, die für Mittwoch nachmittags 3 Uhr anberaumt worden ist, ein Memorandum einzureichen, das sich mit der gesamten Wirtschaftslage Deutschlands und den damit verbundenen Voraussetzungen befassen wird. In diesem Memorandum werden auch Zahlen enthalten sein. Es wurde jedoch deutscherseits ausdrücklich betont, daß es sich nicht etwa um einen deutschen Vorschlag handelte.

Die Zahlen, die in dem Memorandum der Alliierten enthalten sind, sind im Verlaufe der heutigen Besprechung als „entsprechend dem Erfordernisse ihrer Regierung“ bezeichnet worden. Wollte man den Verlauf der heutigen Beratungen charakterisieren, so könnte man sagen, die Reparationskonferenz ist an den Ausgangspunkt ihrer Diskussion zurückgekehrt, da sie heute im wesentlichen die gleichen Probleme behandelte, die in der ersten Woche ihrer Tagung erörtert wurden.

Ubrüstungsunlust

Graf Bernstorff ersehnt um klare Entscheidung.

Die Tagung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf hat unter einem sehr unglücklichen Stern begonnen. Ihr Vorsitzender Lord Balfour, der im letzten halben Jahre von Regierung zu Regierung reiste, um irgendeinen Kompromiß zu erzielen, der wenigstens nach Fontenay ausreicht, hat sich am Eröffnungstage veranlaßt, vor Vertretern der internationalen Presse zu erklären, daß er nicht an einen Erfolg der Arbeiten des vorbereitenden Abrüstungs-ausschusses zu glauben vermag. Wenn der neue Vorschlag aber feststünde und den einzelnen Obergrenzen die Gefahr zum Bewußtsein käme, die ein Scheitern der Abrüstungsverhandlungen mit sich bringt, wenn überdies der Druck der öffentlichen Meinung zunehmen würde, dann könnten sich schon in Kürze die Länder veranlassen sehen, entscheidende Schritte zu unternehmen. Mit diesem schlechten Beispiel auf die Zukunft werden die internationalen Pressevertreter am Montag abgesehen.

Wie kritisch Präsident Coolidge gestimmt ist, ergibt sich noch deutlicher aus der Tagesordnung und den Arbeiten, die er dem vorbereitenden Abrüstungsausschuss unterbreiten zu lassen gedachte. In schroffem Gegensatz zu den Auffassungen des Präsidenten erklärte der deutsche Delegationsführer Graf Bernstorff in der Dienstreise, daß das Arbeitsprogramm Lord Balfour in vollem Umfang Widerspruch zu der letzten Entscheidung der Abrüstungskommission vom März des letzten Jahres steht, daß nämlich jetzt die zweite Lesung der Ab-

rüstungs-vorlage vorgenommen werden müßte. Graf Bernstorff ersuchte den Ausschuss um eine klare Entscheidung. Der russische Außenminister Litwinow, der sich als-bald zu Worte meldete, griff die Tätigkeit der Abrüstungs-kommission scharf an und kritisierte nicht minder scharf ihren Präsidenten Lord Balfour, der jetzt dem Ausschuss einen Arbeits-plan vorlegte, der eine glatte Ablehnung der sowjetrussischen Abrüstungsvorschläge bezeugte. Dabei bemerkte Litwinow, daß die sowjetrussischen Abrüstungsvorschläge inhaltlich völlig mit der Denkschrift der deutschen Reichsregierung vom 6. April 1928 übereinstimmen.

Der Amerikaner Wilson dagegen führte einen merkwürdigen Vortrag an. Er wollte einerseits praktische Fortschritte der Konferenzarbeiten sehen, hielt jedoch andererseits den Arbeitsplan des Präsidenten für eine annehmbare Grundlage und meinte wiederum andererseits, daß der zweiten Lesung der Abrüstungsvorlage keine Schwierigkeiten entgegenstünden, sobald die heute noch offenen Gegenstände überwunden werden könnten. Hier liegt aber gerade das Hindernis! Graf Bernstorff darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, durch die Einwirkung, die er dem amerikanischen Vertreter gab, und durch sein energisches Auftreten erreicht zu haben, daß Prä-sident Wilson die Erklärung seiner Erwünschtheit, daß die zweite Lesung der Abrüstungsvorlage diesmal nicht stattfinden könnte, in aller Form zurückzog. Das ist wenigstens ein Achtungserfolg.

Rücktritt der Thüringer Regierung

Die gestrigen Verhandlungen der Regierungsparteien über den Staatshaushalt und die geplante Notauslage haben nicht zur Einigung geführt. Die Wirtschaftspartei schlug vor, den Etat durch Streichungen an den Ausgaben zu verbessern, lehnte aber die vorgeschlagene Mehrbelastung der Wirtschaft und des Mittelstandes durch Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftsteuer als zu hoch und unerträglich ab. Der Finanzminister erklärte darauf, daß er zurücktreten müsse, wenn die Erhöhung der Einkommensteuer nicht zugestanden werde. Im Anschluß daran erklärte die Gesamtregierung ihren Rücktritt.

Nach der Mitteilung der Thüringischen Regierung trat das Landtagspräsidium zu einer kurzen Beratung zusammen. Es wurde beschlossen, die Wirtschaftspartei zu beauftragen, einen Unterhändler für die Neubildung einer Regierung zu suchen; außerdem soll der Landesrat am 19. April zusammentreten, um je nach der Antwort der Wirtschaftspartei die Tagesordnung der nächsten Landtagsitzung dahin zu ändern, daß erstens über die Neubildung der Regierung oder die Auflösung des Landtages beraten wird.

Aufdeckung einer Spionageorganisation an der lettisch-russischen Grenze.

Den Olgaer Blättern zufolge wurde in dem an die sowjetrussische Grenze stößenden Gebiet eine Spionageorganisation aufgedeckt, die zugunsten Sowjetrusslands arbeitete. Inwanzig Personen wurden verhaftet. Es handelt sich zum größten Teil um Einwohner des Grenzgebietes. Die Führung der Organisation lag in den Händen eines Försters, bei dem ein Versteckter Briefkasten sowie Dokumente und Photographien konfisziert wurden.

Der spanische Diktator

Verhaftung eines Amerikaners und einer Amerikanerin in Granada.

Dem „New York Herald“ wird aus Penäys gemeldet, daß ein 19-jähriger Amerikaner und eine mit einem Spanier verheiratete gebürtige Amerikanerin beim Verlassen eines Cafés in Granada verhaftet worden sind. Beide sollen sich über das Verhalten Primo de Rivera bei den Studenten-unruhen äußern willigt haben. Die Verhaftungen wurden nach Madrid gebracht. Die amerikanische Botschaft und das amerikanische Konsulat bemühen sich bei der spanischen Regierung um die Freilassung der Verhafteten.

Entlastung des Arbeitsmarktes

Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen der Arbeitsmarktstatistik ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der berufsbildenden Arbeitslosigkeit in der Zeit vom 15. März bis zum 31. März um 440 000 Personen, das ist um rund 19 Prozent gesunken. Sie belief sich Ende März auf 1 885 000 Personen, wovon 1 456 000 auf die Arbeitslosenversicherung und 429 000 auf die Sonderfürsorge entfielen. In der Nebenunterstützung ist eine kleine Zunahme der Unter-stützten — von 177 000 und 192 000 — eingetreten. Nach den vorläufigen Berichten der Landesarbeitsämter schreitet die Entlastung des Arbeitsmarktes auch seit dem 31. März weiter fort.

Bezug als Spitznach für amerikanische Studierende.
Die das City College in New York besuchende, 27-jährige Studentin vom nächsten Semester an eine ausstehende

Kenntnis der deutschen Sprache nachweisen. Dies bedeutet die Wiedereinsetzung des Deutschen in seine Vorkriegsstellung.

Hollische Verhaftungen in Portugal.

„L’Aurore“ veröffentlicht zwei holländische Mitteilungen der dem portugiesischen Innenministerium unterstellten politischen Polizei in Lissabon. In der ersten Mitteilung wird in Abrede gestellt, daß eine monarchistische Bewegung entdeckt worden sei, in der mehrere nachgelassenen, daß man genügend gewesen sei, zur Verhaftung einiger politischer Persönlichkeiten zu schreiten. Verhaftet worden sei u. a. der frühere Ministerpräsident Antonio Maria de S. S. S. Freizig gelobt werde nach dem früheren Ministerpräsidenten Domingos Pereira und dem früheren Vizepräsidenten Machado, die sämtlich in die von der politischen Polizei verfolgte revolutionäre Bewegung verwickelt sein sollen.

Die Schweiz verweigert dem sowjetrussischen Handelsdelegation die Aufenthaltserlaubnis.

Wie die Schweizerische Depeschengatur erklärt, ist das Gesuch der sowjetrussischen Staatsangehörigen David Kehler von der Handelsabteilung der sowjetrussischen Botschaft in Bern, der sich zwecks Anknüpfung von Handelsbeziehungen vorübergehend in der Schweiz aufhält, um Verlängerung seines Aufenthaltes in der Schweiz von den Bundesbehörden abgewiesen worden, weil der Gesuchsteller sich geweigert hat, die von ihm verlangte schriftliche Zusicherung abzugeben, sich während des beabsichtigten Aufenthaltes in der Schweiz jeder politischen Tätigkeit zu enthalten.

Die Sowjetregierung gegen persische Schritte in Afghanistan.

Im Hinblick auf gewisse Umstände, die auf eine beunruhigende Lage an der persisch-afghanischen Grenze hindeuten, empfing Karahan den persischen Gesandten Ansari. Er machte ihn darauf aufmerksam, daß die Sowjetregierung gegenüber Versuchen, die Unantastbarkeit Afghanistans zu verletzen, nicht gleichgültig bleiben könne und sich an die persische Regierung wenden werde, damit sie Maßnahmen gegen die Pläne der verantwortungslosen Kreise in Persien treffe. An die Sowjet-botschaft in Teheran sei ferner die Botschaft ergangen, die gleichen Vorstellungen bei der persischen Regierung zu erheben.

Ward Hermanns verhaftet

Der frühere Redakteur der Antwerpener „Schelde“, Ward Hermanns, der in die Angelegenheit der Veröffentlichungen des „Alchemist“ verwickelt ist und sich nach mehrwöchigem Aufenthalt in Holland dem belgischen Untersuchungsrichter zur Verfügung gestellt hat, ist gestern nachmittag vernommen worden. Er lehnte die Beantwortung aller ihm gestellten Fragen ab und erklärte, nur in der öffentlichen Verhandlung sprechen zu wollen. Er wurde verhaftet. Franz Borne wurde gestern in den Justizpalast in Brüssel geführt und dort eine Stunde lang mit Hermanns konfrontiert, der sich vollkommen in Schweizer Haltung hüllte. Seine wurde auf freiem Fuß belassen.

Der Lübecker Senat über die Reichsfarben.

Wie die Nachrichtenstelle des Senats mitteilt, werden auf Anordnung des Senats dem Vorgehen der Reichsregierung entsprechend künftig auch in Lübeck Vertreter des Senats oder der Behörden an Veranstaltungen, bei denen Flaggenmisch- oder -mischungen, nur teilnehmen, wenn die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold an hervorragender Stelle gezeigt werden und ihnen überhaupt ein angemessener würdiger Ansehn an dem Flaggenmisch eingeräumt wird.

Deutsche Großstädte und Finanzausgleich.

Auf mehrfache Anregungen deutscher Stadtverwaltungen hat laut „Berl. Volksstimme“ Oberbürgermeister Köpcke die Vertreter derjenigen Städte über 200 000 Einwohner, die durch den währungsrechtlichen Finanzausgleich besonders schwer geschädigt sind, zu einer Konferenz gemeinschaftlich mit Vertretern der Landtagsfraktionen in den Festsaal des Berliner Rathauses geladen.

Bevorstehendes Bauparlamentgesetz.

Das Reichsarbeitsministerium beschäftigt sich zurzeit mit der gegläubigen Regelung des Bauparlamentgesetzes. Ein Referentenentwurf, der vor dem Ausschuss liegt, sieht vor, daß die Bauparlamenten und ihre Geschäftstätigkeit der Aufsicht einer Behörde unterstellt werden. Für die Bauparlamenten und die Reichsverbände der Bauparlamenten werden Vorschriften vorgeschlagen, wie sie für die Hypothekenbanken und die privaten Versicherungsinstitute gelten. Sobald die Arbeiten an dem Entwurf abgeschlossen sind, soll er der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

Die Gewerbesteuer für die freien Berufe abgelehnt.

Im Reichstagen wurden gestern bei der wiedereingetragenen Abstimmung über die Gewerbesteuer mit Einbeziehung der freien Berufe 400 Stimmen abgegeben, davon 222 mit ja und 177 mit nein und eine Enthaltung. Da der Staatsrat Einspruch erhoben hatte, war für die Annahme Zweidrittelmehrheit, also 266 Stimmen erforderlich. Diese Mehrheit ist nicht erreicht, die Gewerbesteuer ist abgelehnt. Die Regierungsparteien werden voraussichtlich einen Initiativantrag einbringen, um wenigstens die bisherige Gewerbesteuer aufrechtzuerhalten.

Der Revolverstich des Unzufriedenen

Im Direktionssekretariat der Fabrikfirma Portois u. Fitz in Wien gab ein unzufriedener Arbeiter einen Revolverstich auf den Direktor des Unternehmens, Wilhelm Fitz, ab. Dieser wurde schwer verletzt. Der Täter stellte sich der Polizei.

1929
für 1 P.
... 50
... 62
... 66
... 68
... 69
... 70
... 71
... 72
... 73
... 74
... 75
... 76
... 77
... 78
... 79
... 80
... 81
... 82
... 83
... 84
... 85
... 86
... 87
... 88
... 89
... 90

SLUB
Wir führen Wissen.